

Rechtliche Probleme bei der Verstetigung von Forschungsverbünden

Dr. Maren Bedau

12. Juni 2009

HOGAN & HARTSON RAUE LLP

HOGAN &
HARTSON



- Wer schließt Verträge (Materialtransfer, Prüfarztverträge) ab?
- Keine eigene Entscheidungskompetenz über Fördermittel
- Wem gehören die Rechte an Erfindungen / Biomaterialbanken etc, wer entscheidet über Nutzung?
- Adressat behördlicher / gesetzlicher Pflichten (bbspw. Meldepflichten nach AMG) und handelnde Akteure fallen auseinander

Vorteile einer eigenen Rechtsform

- Der Forschungsverbund muss sich nicht länger auf „informelle Absprachen“ verlassen, sondern kann selbst Verträge abschließen, eigenen Haushalt aufstellen, selbständig wirtschaften.
- Der Forschungsverbund kann für eine eigene Interessenswahrnehmung sorgen, d.h. eigene Rechte können durchgesetzt werden
- Die Satzung ermöglicht im Vorhinein eine klare Zuständigkeitsregelung
- Satzung gibt verbindliche Entscheidungsverfahren vor und kann auch Streitbeilegungsmechanismen regeln

Überblick über die möglichen Rechtsformen

- Juristische Personen des öffentlichen Rechts entstehen durch Hoheitsakt
- Juristische Personen des Privatrechts entstehen durch Rechtsgeschäft
- Innerhalb der juristischen Personen des Privatrechts sind Körperschaften (AG, GmbH, eG, Verein, Europäische Gesellschaft) durch eine mitgliedschaftliche Organisation gekennzeichnet. Eine Stiftung ist dagegen eine verselbständigte Vermögensmasse.
- Allen privatrechtlichen Körperschaften ist gemeinsam, dass sie auf Dauer angelegte, körperschaftlich organisierte Zusammenschlüsse von Personen zu einem gemeinsamen Zweck sind.
 - Der Verein ist der Grundtypus der Körperschaften des Privatrechts (ideeller Hauptzweck)
 - Die handelsrechtlichen Körperschaften sind auf eine wirtschaftliche Tätigkeit zugeschnitten
- Personengesellschaften (GbR, KG, OHG) sind zwar rechtsfähig, sind aber keine juristische Personen.

Vor- und Nachteile der einzelnen Rechtsformen

- GbR: zu hohe Haftungsrisiken für Mitglieder
- Mini-GmbH: keine Akzeptanz bei Fördermittelgeber, Rücklagepflicht, permanente Drohung der Überschuldung
- Stiftung: hoher Kapitalbedarf, langfristige Bindung, statisch, aber große Akzeptanz
- Eingetragene Genossenschaft: hohe laufende finanzielle Lasten (Mitgliedschaft im Prüfungsverband erforderlich), Rechtsform ist im Wissenschaftsbetrieb noch recht unbekannt
- Kapitalgesellschaften (GmbH und AG) binden die Gründungsmitglieder an eine Kapitalbeteiligung (häufig sind Einrichtungen hierzu nicht bereit, Kapitalbeschaffung kann Gründungsprozess verzögern), sind im weiteren Verlauf aber vom Bestand der Gründungsmitglieder weitgehend unabhängig
- Verein ermöglicht eine umfassende Partizipation der Mitglieder, ist ohne Kapitaleinsatz zu gründen und ist Fördermittelgebern vertraut.

Haftung

- Ähnelt sich bei allen juristischen Personen, Ausnahme gilt für die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)
- Wer haftet bei einer juristischen Person (bspw. Verein) tatsächlich?
 - die juristische Person
 - Nur mit dem Vermögen des Vereins / der GmbH / der Stiftung etc.
- Keine Durchgriffshaftung von Dritten auf die Mitglieder (des Vereins) / Gesellschafter (der GmbH)
 - Davon zu unterscheiden: sog. Innenhaftung. D.h. Vorstand hat dem Verein für ein Verschulden bei der Geschäftsführung einzustehen
- Bei der GbR: zunächst haftet die Gesellschaft mit ihrem Vermögen, akzessorisch die Gesellschafter mit ihrem Privatvermögen

Steuern / Gemeinnützigkeit - Grundlagen

- Bei der Gründung einer Stiftung, eines Vereins, einer GmbH ist stets zu versuchen, eine Anerkennung als gemeinnützig zu erreichen
- Satzungszweck muss auf die selbstlose Förderung der Allgemeinheit auf materiellem, geistigen oder sittlichem Gebiet gerichtet sein
- Forschung als steuerbegünstigter Zweck im Sinne der Abgabenordnung?
 - § 52 Abs. 2 Nr. 1 AO: Förderung von Wissenschaft und Forschung
 - § 68 Nr. 9 AO: auch Auftragsforschung (lange strittig)

Steuern / Gemeinnützigkeit - Auftragsforschung

- Ein Forschungsverbund kann nur dann einen Zweckbetrieb in Form der Auftragsforschung unterhalten, wenn er darüber hinaus Eigenforschung leistet und die Einnahmen aus dieser Tätigkeit „überwiegen“ (§ 68 Nr. 9 AO)
- Überwiegende Finanzierung = Einnahmen des Forschungsverbunds zu mehr als 50 % aus Zuwendungen der öffentlichen Hand, Dritter oder aus der Vermögensverwaltung
- Wenn Einnahmen aus Auftragsforschung 50 % übersteigen, liegt ein steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb vor
- Problem: Führt Finanzierung aus über 50 % aus der Auftragsforschung zu einem Verlust der Gemeinnützigkeit für den gesamten Forschungsverbund?
- Nicht automatisch (BFH, 4.4.2007):
 - Forschungsverbund betreibt mit der Auftragsforschung einen steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb und bleibt im Übrigen steuerbefreit, wenn die Auftragsforschung der Körperschaft nicht das Gepräge gibt
 - Auftragsforschung darf nicht als eigenständiger Zweck neben die Eigenforschung treten (muss unter gemeinnützigem Zweck untergeordnet werden, z.B. Beschaffung von Mitteln zur Erfüllung gemeinnütziger Aufgaben)

„Idealverein“

- Nur der Idealverein im Sinne des § 21 BGB wird in das Vereinsregister eingetragen und erhält Rechtsfähigkeit
- Grund: Im Vereinsrecht sind sowohl die Gläubiger schützenden Vorschriften (keine Mindestkapitalausstattung) als auch die Mitgliedschaftsrecht (keine Gewinnbeteiligung) weniger stark ausgeprägt als bei den handelsrechtlichen Körperschaften
- Idealverein ist ein Verein, der
 - nicht primär die wirtschaftlichen Belange seiner Mitglieder fördert („ideeller Hauptzweck“),
 - keine Leistungen und Waren auf dem Markt anbietet oder dies zumindest nicht als Hauptzweck ansieht,
 - seinen Mitgliedern keine unentgeltlichen Leistungen zukommen lässt oder seine Mitarbeiter nicht unangemessen hoch bezahlt.

„Idealverein“ / Nebenzweckprivileg

- Dabei kann ein Idealverein in gewissem Umfang in untergeordneter Funktion auch wirtschaftlich tätig werden (Nebenzweckprivileg).
- Wirtschaftliche Tätigkeit muss dem ideellen Hauptzweck qualitativ untergeordnet sein
- Was im Gemeinnützigkeitsrecht als „in erster Linie eigenwirtschaftliche Betätigung“ (§ 55 Abs. 1 Satz 1 AO) zum Verlust der Gemeinnützigkeit führen kann, macht im Vereinsrecht mit der Überschreitung des Nebenzweckprivilegs aus dem Idealverein den meist nicht gewollten wirtschaftlichen Verein (daher im Zweifel: Ausgliederung)
- Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe des Vereins: Geschäftsbetriebe, die keine Zweckbetriebe sind, unterliegen der Körperschafts- und Gewerbesteuer, wenn die Jahreseinnahmen des Vereins aus allen steuerpflichtigen Geschäftsbetrieben 35.000 Euro übersteigen (Besteuerungsfreigrenze).

Insolvenz

- Es gibt keinen Schutz vor Insolvenz, insoweit ist Insolvenzunsicherheit ein irreführender Begriff
- Für Forschungsverbünde ist wichtig, ob es für den Fall der Insolvenz ein geregeltes Verfahren gibt, das bspw. verhindert, dass die Proben einer Biomaterialbank oder die Daten aus Forschungsvorhaben unter Verstoß gegen die Einwilligungserklärung des Spenders / Probanden in die Hände unbefugter Dritter gelangen
- Bei juristischen Personen muss im Falle der Insolvenz ein Insolvenzverfahren eingeleitet werden. Die Insolvenz wird dann in der Regel durch einen gerichtlich bestellten Insolvenzverwalter abgewickelt. Dieser ist an das Gesetz gebunden und hat daher auch die datenschutzrechtlichen Vorschriften zu beachten.
- Bei schuldhafter Verzögerung des Insolvenzantrags durch Vorstand / Organ droht Haftung mit Privatvermögen; daher sorgfältiges Rechnungswesen erforderlich

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Besuchen Sie uns im Internet:
www.hhlaw.com

Abu Dhabi
Baltimore
Berlin
Boulder
Brüssel
Colorado Springs
Denver
Genf
Hong Kong
Houston
London
Los Angeles
Miami
Moskau
München
New York
Northern Virginia
Paris
Peking
Philadelphia
Shanghai
Tokio
Warschau
Washington, DC